WISSENSFORUM
HIRSCHWANG

TAGUNGSBAND

WISSENSFORUM HIRSCHWANG 2024

„Arbeit - neu denken“

Die Arbeitswelt von morgen schon heute gemeinsam gestalten

19. - 20. März 2024

Parkhotel Hirschwang
Trautenbergstraße 1
2651 Reichenau an der Rax

Mit freundlicher Unterstützung von:

ASMET
ÖSTERREICHISCHE COMPUTER GESELLSCHAFT AUSTRIAN COMPUTER SOCIETY
Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
AK NIEDERÖSTERREICH
ÖGB Niederösterreich

1. AUSGANGSLAGE UND ZIEL

Die Corona-Pandemie hat den Arbeitsalltag von uns allen massiv verändert. Zudem stellen Entwicklungen wie der Strukturwandel und die Digitalisierung unsere Arbeitswelt stetig vor neue Herausforderungen. Die moderne Arbeitswelt befindet sich in einem Zustand des permanenten Wandels. Das neue Verständnis von Arbeit schafft neue Herausforderungen - und neue Chancen. Zum einen entstehen neue Geschäftsmodelle und Wettbewerbsstrukturen, zum anderen wandeln sich Arbeitsinhalte, Berufsbilder und die Organisation von Produktions- und Arbeitsprozessen. Eine einmalig erworbene Qualifikation reicht nicht mehr für das gesamte Arbeitsleben aus - immer rascher ist laufende Anpassung und Neuorientierung notwendig. Unternehmen haben bereits heute große Probleme, Mitarbeiter:innen für entsprechende Qualifikationsprofile am Markt zu finden.

Hinzu kommen weitere große Herausforderungen wie der demographische und grüne Wandel. Niemand kann genau voraussagen, was die Zukunft der Arbeit konkret bereithält, aber wir können gemeinsam an zukunftsfähigen und praktikablen Lösungsansätzen zu den Themen „Veränderung der Arbeitswelt", „Verteilungsgerechtigkeit" und „Versorgungssicherheit" arbeiten.

Bereits 2019 haben die Arbeiterkammer Niederösterreich und der ÖGB Niederösterreich den Entschluss gefasst, in Zusammenarbeit mit einem externen interdisziplinären Wissenschaftsbeirat unter Leitung von em. o. Univ.-Prof. Dr. Helmut Detter ein strategisches Konzept für eine positive Entwicklung der Gesellschaftsgruppe der Arbeitnehmer:innen in diesen Themen zu entwickeln. Daraus ist schließlich 2021 das Memorandum „3V für Österreichs Zukunft" entstanden, das einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und zur Verfügung gestellt worden ist.

Das erste Wissensforum Hirschwang 2024 zum Thema „Arbeit – neu denken" soll nun eine Plattform bieten, um gemeinsam mit Vertreter:innen aus der Wissenschaft und Forschung, der Industrie und den Interessensvertretungen, unterstützt von Vertreter:innen der Europäischen Kommission und des EWSA und von Studierenden und Schüler:innen über die wichtigsten gesellschaftspolitischen Zukunftsfragen zu diskutieren und Lösungswege aufzuzeigen.

2. INHALTLICHE ECKPFEILER DES ERSTEN WISSENSFORUMS IN HIRSCHWANG

Keynote
Mag. Hubert Gambs, stv. Gen.Dir. und KMU-Koordinator der Generaldirektion für den Internationalen Markt, Industrie, Unternehmertum und KMU's in der Europäischen Kommission

Grußbotschaften
Tim Joris Kaiser, MSc stv. Leiter Wirtschaft und Soziales der Europäischen Kommission
Mag. Oliver Röpke, Präsident des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss

Themenblock 1: Veränderung der Arbeitswelt
Univ.-Prof. Dr.-Ing. Sebastian Schlund, Leiter Forschungsbereich Industrial Engineering, TU Wien und Geschäftsführer Fraunhofer Austria

Themenblock 2: Zukunft der Arbeit in den Betrieben
Dipl.-Ing. Georg Feith, CEO der Neuman Aluminium Gruppe
Alfred Strohmayer, MSc MBA, Gesellschafter und Geschäftsführer der D+H Österreich GmbH

Themenblock 3: Verteilungsgerechtigkeit der Wertschöpfung
Univ.-Prof. Mag. Dr. Bernhard Kittel, Leiter des Instituts für Wirtschaftssoziologie der Uni Wien

Themenblock 4: Versorgungssicherheit
Dr.in Eva Lichtenberger, ehemaliges Mitglied des Europäischen Parlaments, Lehrende am MCI und an der PHT

Themenblock 5: Vorstellungen der Generation Z zur Arbeits- und Lebenswelt und die daraus resultierenden Anforderungen an das Arbeitsrecht
Dr.in Beate Grossegger, Institut für Jugendkulturforschung
Mag.a Sandra Rechberger, Arbeitsrechtsexpertin der Arbeiterkammer Niederösterreich

3. FACHVORTRÄGE UND DISKUSSION

Keynote

Hubert Gambs betonte in seinen Ausführungen die Bemühungen der Europäischen Kommission, einen möglichst widerstandsfähigen und funktionierenden Binnenmarkt – das Fundament der Wettbewerbsfähigkeit zu entwickeln. Es gilt dadurch Wohlstand, Nachhaltigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt zu mehren. Dies kann aber nur erreicht werden, indem alle Mitgliedstaaten in einer engen Zusammenarbeit bestehende Hindernisse abbauen und die europäischen Vorschriften im Binnenmarkt korrekt umgesetzt bzw. auch vor Ort durchgesetzt werden. Nur dadurch können Unternehmen langfristig wettbewerbsfähig bleiben/werden und in weiterer Folge stabile Arbeitsplätze anbieten.

Der europäische „Grüne Deal" hat den Wandel unserer Gesellschaft und Wirtschaft in den Gang gesetzt. Ziel ist es, die Europäische Union zu einer modernen, ressourceneffizienten, klimaneutralen und wettbewerbsfähigen Wirtschaft zu gestalten und beim Übergang zu einer grünen und digitalen Wirtschaft zu unterstützen. Schubkräfte wie Handel, Energie, Innovation, Qualifikation – auf die Gambs in weiterer Folge näher einging - aber auch Digitalisierung, Kreislaufwirtschaft, Finanzierung, Investitionen, etc. sind für die Transition- bzw. Transformationsphase vieler Wirtschaftsbereiche in Richtung mehr Widerstandsfähigkeit untereinander abzustimmen.

So hat die EU auch Partnerschaften, Allianzen und Abkommen mit anderen Staaten außerhalb der EU für einen regelbasierten offenen Handel in der Welt abgeschlossen. Gleichzeitig wird aber auch der Fokus auf ein verbessertes Arsenal für Handelsschutzbestimmungen gelegt, um gegebenenfalls die wirtschaftliche Sicherheit und Widerstandsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gegen unfairen Wettbewerb zu erhöhen. Für den Fall, dass Lieferketten unterbrochen werden, fördert die EU im Bereich der kritischen Infrastruktur den Aufbau von Produktionen, um die eigene Versorgung gewährleisten zu können. Als Beispiel nannte Gambs die Entwicklung von Chip-Fabriken in Europa. Auch Netzwerke von Clustern und Industrieallianzen von Unternehmen werden gefördert. Hierbei ist das steirisch-kärntnerische „Greentech Valley" besonders hervorzuheben – solche Projekte sind laut Gambs ein guter Ansatz industriepolitische Maßnahmen mittels Allianzen besser zu koordinieren.

Eine der größten Abhängigkeiten in der EU und Österreich sei die Abhängigkeit der Energieversorgung: Eine bezahlbare, nachhaltige Energie mit sichergestellter Verfügbarkeit muss das Ziel sein. Darum ist es umso wichtiger, erneuerbare Energiequellen für die EU Bürger:innen als auch für die Unternehmen verfügbar zu machen.

Zur Innovationskraft Europas merkte Gambs an, dass Europa gut in der Forschung aber schwach in der Innovation sei. Als Grund nannte er zahlreiche regulatorische Bestimmungen, die der Innovationskraft entgegenstehen. Ein Ausweg wäre mittels Reallaboren und gelockerten Regulierungen Innovationen einfach auszuprobieren. Des Weiteren führte er aus, dass die alleinige Markteinführung von Innovationen nicht reiche. Erst durch die Verbreiterung und Inanspruchnahme der innovativen Produkte durch viele Kund:innen/Anwender:innen ziehen die Wirtschaft und der Kunde durch niedrigere Preise daraus einen Vorteil.

Abschließend betonte er, dass gut qualifizierte Arbeitnehmer:innen letztendlich der Schlüsselfaktor für den wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen und der EU sind. Arbeitnehmer:innen müssen mit den Innovationen auch

umgehen können. Dafür werden verstärkt Kompetenzen wie Abstraktion, Prozessübersicht und Koordination notwendig sein und das gängige Training am Arbeitsplatz in den Unternehmen wird nicht mehr ausreichen. Als ein Lösungsansatz wurden von Gambs „Kompetenzpartnerschaften und –zentren" angeführt. Sie stellen einen Möglichkeit dar, Arbeitnehmer:innen für die geforderten neuen Tätigkeitsprofile in den kommenden Jahren fit zu machen. Positiv wird in diesem Zusammenhang die Umweltstiftung - ein vom Österreichischen Gewerkschaftsbund und der Wirtschaftskammer Österreich initiierter Sozialpartner-Schulterschluss im Bereich der so genannten Green Jobs –hervorgehoben.

Grußbotschaften

Tim Joris Kaiser nahm in seinen Grußworten Bezug auf den Resilienzfonds (ursprünglich Aufbaufonds) der EU. Für die Unterstützung der finanziell schwächsten Bürger/innen und kleiner Unternehmen beim ökologischen Wandel werden bis 2026 65 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt bereitgestellt. So soll der Wandel durch die Bekämpfung von Ungleichheit sowie die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen Chancen und einen Übergang für alle bieten und dabei niemanden zurücklassen. Der Fonds hat unter anderem auch Aus- und Weiterbildungsaufgaben - gerade in Zeiten eines erhöhten Fachkräftebedarfs stellt dies ein wesentliches Programm der EU dar.

Abschließend ging Kaiser auf das „Europäischen Semester" ein, in welchem die Kommission festlegt, welche Empfehlungen in Fragen rund um Wirtschafts-, Haushalts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik an Mitgliedstaaten ausgegeben werden. Maßnahmen, um den Fachkräftebedarf zu beseitigen, werden darin eine wesentliche Botschaft sein. Auch die notwendige Rolle der Sozialpartner zur Lösung dieser Problematik soll hervorgestrichen werden. In diesem Zusammenhang erwähnte Tim Joris Kaiser das erste Klimaschutzausbildungszentrum Europas in Sigmundsherberg (Niederösterreich), das demnächst eröffnet wird.

Oliver Röpke nahm in seiner Videobotschaft Bezug auf die Inhalte des Wissensforum Hirschwang. Seiner Meinung nach ist die Arbeiterkammer Niederösterreich und der ÖGB Niederösterreich mit den Themen, Fragen und Forderungen rund um die „Veränderung der Arbeitswelt", „Verteilungsgerechtigkeit" und „Versorgungssicherheit" am Puls der Zeit.

„Die Veränderung der Arbeitswelt" sei auch ein wesentliches Thema in den Agenden des EWSA, wo derzeit sehr stark „grüne Kollektivvertragsverhandlungen" diskutiert werden. Seinen Ausführungen nach müssen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen gemeinsam den Klimawandel bekämpfen. Aus diesem Grund forderte er auch einen eigenen Kommissar für „Just Transition".

Röpke betonte einmal mehr, dass der Bildungszugang für jeden Menschen offen stehen soll. Er spricht von einer „Kompetenzrevolution", denn Europas Bürgerinnen und Bürger sind das wichtigste Kapital in Europa. Seiner Ansicht nach gelte die österreichische Sozialpartnerschaft als Vorzeigemodell in Europa und er hielte es für Win-Win-Situation bei vielen Maßnahmen in Richtung digitaler und grüner Wandel die Sozialpartner miteinzubeziehen.

Themenblock 1: Veränderung der Arbeitswelt & Themenblock 2: Was bereits jetzt zum Thema „Zukunft der Arbeit" in den Betrieben umgesetzt wird

Sebastian Schlund beschrieb die Veränderung unserer Arbeitswelt als Transformation, die stellenweise lange und unbequem sein könne, uns aber dafür im Prozess maßgeblich verändere. Um diese Transformation in Europa zu meistern, müssen laut ihm drei Themen in den Mittelpunkt gestellt werden: Nachhaltigkeit, Digitalisierung und Menschzentriertheit. Diese Themen griffen auch **Georg Feith und Alfred Strohmayer** als maßgeblich für die Zukunftsstrategie ihrer Unternehmen auf. Beide betonten, dass vor allem die Digitalisierung nur mit der gezielten Ausbildung von jungen Menschen und der kontinuierlichen Weiterbildung von Mitarbeitenden umgesetzt werden kann. Neben technischem und digitalem Wissen stellten beide auch soziale und emotionale Kompetenzen in den Vordergrund. Gesellschaftliche und demografische Veränderungen, wie die Abnahme der Personen im arbeitsfähigen Alter und die veränderten Vorstellungen von Arbeitnehmer:innen in Bezug auf Arbeit führen zu neuen Möglichkeiten, aber auch zu neuen Spannungsfeldern zwischen Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen.

Als neue Möglichkeiten sah Sebastian Schlund die Industrialisierung und die Automatisierung, die aber beide Menschen nicht ersetzen, sondern unterstützen sollen. Menschen werden neue, veränderte Tätigkeiten ausführen - eine wichtige Frage dabei sei, wohin sich Jobs und Berufe entwickeln werden. Im Kontext der stetig wachsenden Automatisierung ist vor allem Künstliche Intelligenz (KI) ein großes Thema. KI sei schon da und werde genutzt – vor allem in großen Unternehmen. Schlund sprach hier eine Kluft zu kleineren und mittleren Unternehmen an und sieht auch eine Veränderung der Aufgabenbereiche von uns Menschen.

Um mit den Veränderungen Schritt halten zu können, legen sowohl Neuman Aluminium als auch D+H Österreich einen Fokus auf Innovation in einer positiven Unternehmenskultur. In dieser können Mitarbeitende ihr Potential sinnstiftend ausschöpfen und durch innovative Ideen Nachhaltigkeit und Digitalisierung mitentwickeln und -gestalten. Abschließend betonen alle drei Redner die Wichtigkeit der Zusammenarbeit, sei es zwischen Forschung und Industrie oder zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen – nur so kann Europa zukunftsfähig werden.

Diskussionspunkte und Lösungsansätze aus dem Workshop 1:

Im Workshop wurden aktuelle Herausforderungen anhand von zwei provokativen Fragen zu Zielkonflikten besprochen und erste Ideen und Lösungsansätze diskutiert.

Beim **ersten Zielkonflikt** „Wollen wir in Europa Anwender:innen oder Entwickler:innen von neuen Technologien sein" wurde die Bedeutung der Rolle als Entwickler:in bzw. eines Mittelwegs betont. Die Corona-Pandemie habe gezeigt, dass gewisse Produktionen in Europa sein sollten. Wichtig sei es, bei Weiterentwicklungen am Ball zu bleiben – und auch vor der Anwendung keine Angst zu haben. Auf die Bedeutung eines Bekenntnisses zur Industrie, zu guten Hochschulen und Industriebetrieben, zu Investitionen in Forschung und Entwicklung wurde hingewiesen. Auch müssen attraktive Bedingungen geschaffen werden, damit es nicht zur Abwanderung von Knowhow kommt.

Dabei müssten wir uns auch nicht verstecken, auch wenn wir aktuell bei Entwicklungen von KI (finanziell) nicht mithalten können, sind **Österreich und Europa in vielen Nischenbereichen sehr gut** und ein „Made in Austria" als Qualitätsmerkmal sehr geschätzt. Es wurde die Frage gestellt: Was wollen wir entwickeln und was wollen wir anwenden – denn alles wird sich nicht ausgehen, eine Mischung sei daher wichtig.

Auch ein Blick auf einen dritten Aspekt – auf die **Verwertung von Zukunftstechnologien** – wurde gelegt. Wichtig sei es, nicht nur zu entwickeln, sondern auch von den Technologien, ihrer Anwendung zu profitieren, diese zu verwerten und auf den Boden zu bringen.

Diskutiert wurde die **gegenseitige Abhängigkeit in einer globalen Welt** mit umspannenden Lieferketten und –bedingungen. Wenn hier an einer Schraube mit für uns auf den ersten Blick günstigen Auswirkungen gedreht wird, kann dies zu ungünstigen Folgewirkungen führen. Dabei wurde über Produktkennzeichnungen, höhere Zölle und

CO2-Bepreisungen gesprochen. Hier wird die **Komplexität und das Zusammenspiel** der Themen **Veränderung der Arbeitswelt mit der Verteilungsgerechtigkeit und Versorgungssicherheit** sichtbar.

Wichtig sei es, Sorgen und Ängste ernst zu nehmen und sich nicht gegenseitig aufzureiben, denn das stärke nur die anderen. Es folgte ein abschließendes Plädoyer für einen **Schulterschluss zwischen Arbeitgeber:innen und Arbeitnehmer:innen** und für ein sich gegenseitiges Stärken.

Im **zweiten Zielkonflikt** widmeten wir uns der Frage der **Qualifikation der Zukunft** – was wird es brauchen, **Generalist:innen oder Spezialist:innen.** Die Antwort viel sehr eindeutig aus: **Es braucht beides.** Eine entscheidende Frage sei nicht nur, welche Qualifikationen wir brauchen, sondern auch **wie wir mithalten** und höhere Qualifikationen erreichen können und dabei alle, von der Jugend bis zu älteren Arbeitnehmer:innen, **mit auf die Digitalisierungsreise nehmen können.** „Die Preisschlacht können wir nicht gewinnen, aber wir können besser sein" – dazu sei es umso wichtiger, Potenziale auszuschöpfen und Kompetenzen aufzubauen. Forschung brauche Produktion und Produktion brauche Forschung, diese Brücke dürfe nicht reißen.

Es wurde auf die bereits in den Vorträgen vorgestellten guten **Unternehmens-Beispiele** der Neuman Aluminium Gruppe und D+H Österreich GmbH sowie auf **betriebsübergreifende Lösungen in Cluster- und Verbund-Modelle** verwiesen. Auch ein drittes Beispiel wurde im Workshop eingebracht und dabei auf den erfolgskritischen Faktor hingewiesen, **vorhandenes Knowhow im Betrieb zu nutzen, solange es da ist,** Lehrlinge auszubilden und dabei die Personen im Betrieb, die für ihr Thema brennen, **als Ausbildner:innen einzusetzen.**

Die Frage des **Arbeitskräftepotenzials** angesichts des demografischen Wandels aus dem Vortrag am Vormittag wurde aufgegriffen: Es gehe dabei nicht nur um **Demografie,** es spielen auch Faktoren wie Gesundheit, Pensionsalter, Frauenerwerbstätigkeit, Zuwanderung und allgemein das Erwerbs- und Ausbildungsverhalten eine Rolle. Demografische Verluste am Arbeitsmarkt können durch andere Faktoren ausgeglichen werden – diese Potentiale zu nutzen sei allerdings nicht trivial.[1]

Heiß diskutiert wurde das **Thema des Pensionsalters** und das **Potenzial der älteren Arbeitnehmer:innen** und ob dieses durch flexible Arbeitszeiten bzw. flexible Arbeitszeitmodelle besser nutzbar gemacht werden könne. Dies werde jedoch in vielen Bereichen der Produktion nicht möglich sein. Entscheidend sei es, wie wir es schaffen, auch im Alter gesund zu sein bzw. gesund zu bleiben, und in vielen Bereichen – von der Pflege bis zur Elementarbildung und Kinderbetreuung – werde es künftig mehr Beschäftigte brauchen.

Themenblock 3: Verteilungsgerechtigkeit der Wertschöpfung

Die Arbeits- und Wirtschaftswelt wird sich aufgrund der immer schnelleren technologischen Entwicklungen – durch künstliche Intelligenz, Automatisation und Robotik - in den nächsten Dekaden stark verändern. Durch die Übernahme vieler Tätigkeiten aufgrund der technologischen Neuerungen wird sich umso mehr die Frage der Verteilungsgerechtigkeit stellen. D. h. wer sind die Wertschöpfungsträger der Zukunft und wer profitiert, vor allem finanziell, von diesen Neuerungen, Unternehmen oder Arbeitnehmer:innen?

Damit eng verknüpft ist auch die Frage, wie verteilungsgerecht der Wohlfahrtsstaat in Österreich derzeit finanziert wird und wie man ihn auf künftige Aufgaben und Finanzierungsprobleme vorbereiten kann. **Bernhard Kittel** skizzierte zu diesen Fragestellungen in seinen Ausführungen Herausforderungen, Handlungsfelder und mögliche Lösungsansätze.

Ausgehend von den Einstellungen hinsichtlich Verteilungsgerechtigkeit in der österreichischen Bevölkerung geht Professor Kittel der Frage nach, welche Stellschrauben des österreichischen Umverteilungssystems das Potenzial haben, die Basis der öffentlichen Finanzen auf der Grundlage breiter gesellschaftliche Zustimmung zu erweitern.

[1] Auf Wunsch der Workshopteilnehmer:innen siehe folgende Studien des WIFO: https://www.wifo.ac.at/news/aeltere_auf_dem_arbeitsmarkt und https://www.wifo.ac.at/pubma-datensaetze?detail-view=yes&publikation_id=70889

Derzeit wird der Wohlfahrtsstaat hauptsächlich aus dem Faktor Arbeit und somit aus dem Arbeitseinkommen finanziert. Das ist eine Herausforderung für eine Neuordnung der Finanzierung des Wohlfahrtsstaates. Durch den tendenziell steigenden Wertschöpfungsanteil der Kapitalseite durch Automatisierung, Robotik und Künstliche Intelligenz, würde unter gleichbleibenden Bedingungen, der Wohlfahrtsstaat aus einem immer geringer werdenden Teil der Wertschöpfung aus Arbeit finanziert werden müssen. Gleichzeitig werden die Aufgaben (und somit auch die Ausgaben) des Wohlfahrtsstaats – vor allem verknüpft mit der alternden Bevölkerung – in den nächsten Jahren zunehmen und nicht abnehmen.

Für eine langfristige Finanzierung des Wohlfahrtsstaates wurden von Prof. Kittel mehrere Möglichkeiten skizziert: Vermögens- oder Erbschaftssteuern, eine globale Mindestbesteuerung von Konzernen, aber auch eine Art Wertschöpfungssteuer wurde ins Spiel gebracht, wobei hier die Auswirkungen auf Investitionen und Innovationen thematisiert wurden.

Neben dem Widerstand der potenziellen Adressaten von neuen Steuern und Abgaben zeigen sich Widersprüchlichkeiten in der öffentlichen Wahrnehmung des Umverteilungssystems, welche die Erschließung neuer Steuerquellen schwierig machen. Gerechtigkeitsvorstellungen in der Bevölkerung seien oftmals geprägt durch gesellschaftliche Machtstrukturen und subjektive Fairnesswahrnehmungen. In diesen Fairnesswahrnehmungen sei Gleichheit kein vorrangiges Ziel. Oftmals bedeutender seien Vorstellungen von Leistung, Bedarf und der relativen eigenen Statusposition.

Diskussionspunkte und Lösungsansätze aus dem Workshop 2:

Im **Workshop „Verteilungsgerechtigkeit“** wurde – ausgehend vom Impulsreferat - mit den Teilnehmer:innen einerseits der Frage nachgegangen, wer von Künstlicher Intelligenz und Digitalisierung finanziell am meisten profitieren wird – Unternehmen oder Arbeitnehmer:innen. Mittels einer Ein-Punkt-Abfrage konnte ein Bild gezeichnet werden, wie die Einschätzung der Teilnehmer:innen hierbei ist. Die Mehrheit war der Meinung, dass nicht die Beschäftigten, sondern die Unternehmen finanziell profitieren werden.

Andererseits wurde im Workshop der Frage nachgegangen, welche Möglichkeiten und Mittel es gibt, um den Solidarstaat auf eine zukunftsfähigere breitere finanzielle Basis zu stellen. Die Teilnehmer:innen erarbeiteten hierzu in vier Gruppen Handlungsfelder und Lösungsansätze, welche dann im Workshop und im Plenum des Wissensforums präsentiert wurden.

Grundlegende Problemlagen, die diskutiert wurden:

» Generelle Herausforderungen sind die (ökonomischen) Rahmenbedingungen und Entwicklungen, in welchen sich derzeit wirtschaftliches Handeln abspielt.
» Einerseits ist eine verstärkte Einkommens-, aber vor allem Vermögenskonzentration zu beobachten.
» Andererseits ist das Wirtschaftswachstumskonzept der letzten Jahrzehnte durch eine Vielzahl an Faktoren ins Wanken geraten. Wirtschaftswachstum steht oft im Widerspruch zu Klima- und Umweltfragen und führt nicht unbedingt zu einer verteilungsgerechteren Gesellschaft.

Steuer- und Abgabengerechtigkeit

» Vermögensbezogene Steuern: Hier wurde eine Vielzahl an Möglichkeiten angesprochen, um Vermögen in der ein oder anderen Form vermehrt als Besteuerungsgrundlage einzubeziehen. Neben einer allgemeinen Vermögenssteuer, wurde auch eine Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer diskutiert. Bei der Erbschaftssteuer wurde aber darauf hingewiesen, dass das Erben von Betrieben und Unternehmen und der daraus folgenden Weiterführung des Betriebes von einer Erbschaftssteuer, wenn möglich, ausgenommen werden soll. Ebenso wurde eine (umfassende) Finanztransaktionssteuer im Workshop als mögliche vermögensbezogene Steuer diskutiert und gefordert.

» Eine Art Wertschöpfungssteuer, welche die Besteuerung aller betrieblichen Produktionsfaktoren umfasst, sollte aus Sicht der Teilnehmer:innen auch diskutiert werden. Auch Maschinensteuern wurden als Option erwähnt.
» Das Schließen von Steuerschlupflöchern – vor allem für multinationale Konzerne - wurde von den Teilnehmer:innen mehrfach vorgeschlagen und im Sinne einer Steuergerechtigkeitsdebatte als wichtig empfunden.
» Ebenso sollte das Prinzip der Besteuerung dort, wo die Wertschöpfung anfällt, forciert werden.
» Für mehr (internationale) Transparenz von Vermögenstransfers, aber auch der Vermögensbestände sollte ein Internationales Finanzregister eingeführt werden.

Bildung für alle

» Ein für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen offenes, zugängliches und modernes Bildungssystem, vom Kindergarten bis zur Hochschule, wurde von den Teilnehmer:innen mehrfach als sehr wichtig artikuliert. Bildung darf keine Frage der Geldbörse und der sozialen Herkunft sein, so die überwiegende Einschätzung der Teilnehmer:innen.

Unternehmen und Verwaltung in Verantwortung nehmen

» Es ist auch vorgeschlagen worden, ein Instrument einer ökosozialen Marktwirtschaft im Haushaltsmanagement in der Verwaltung, aber auch bei Unternehmen, zu forcieren. Idee wäre eine Einführung eines Berichtswesens mit einer Aufsplitterung in wirtschaftliche, soziale und ökologische Dimensionen.

Vertrauen stärken – Sozialpartnerschaft 2.0.

» Das generelle Vertrauen und das Miteinander zwischen den einzelnen politischen Institutionen und Personen auch in Bezug auf Verteilungsfragen sollte wieder gestärkt werden, ebenso zwischen Politik und Bevölkerung. Die Sozialpartnerschaft war/ist eine dieser Institutionen, welche diese Vertrauensbasis gelebt hat und dies in Zukunft auch wieder verstärkt tun soll, eine moderne Art der Sozialpartnerschaft 2.0.

Themenblock 4: Versorgungssicherheit

Eva Lichtenberger eröffnete ihren Vortrag mit einer Darstellung von kritischen Infrastrukturbereichen, die von der Versorgungssicherheit betroffen sind. Dazu zählen nicht nur Wasser, Nahrungsmittel und Verkehr, sondern sie umfassen auch die Versorgung mit Energie, Medikamenten und Rohstoffen, aber auch mit Kommunikationswegen.

Ökologische und medizinische Krisen, politische Einflussnahmen oder Störungen der Transportwege der letzten Jahrzehnte illustrieren die Gefahren der Hyperglobalisierung. Unsere gegenwärtige Wirtschaftsform basiert auf globalem Wettbewerb und funktionierenden Transportwegen. Wie verwundbar diese globalen Lieferketten sind und dass sie zu schwerwiegenden Versorgungsengpässen führen können, zeigten zuletzt die Corona-Krise und der Ukraine-Krieg. Lichtenberger führte weiterhin aus, dass selbst in weniger krisenhaften Zeiten die starke Abhängigkeit der globalen Lieferketten aus China und den USA verhängnisvoll für die europäische Wirtschaft ist. Sie verwies zudem auf die katastrophalen Missstände in der Gewinnung und Produktion von Rohstoffen oder in der Fertigung in Entwicklungsstaaten.

Auch wenn auf europäischer Ebene seit dem Vorjahr unterschiedliche Richtlinien zum Schutz kritischer Infrastruktur in Kraft getreten sind, um strategische Autonomie in Europa und Österreich herzustellen, bestünde laut Lichtenberger nach wie vor starken Handlungsbedarf. Neben einem militärischen Aspekt muss das Konzept der strategischen Autonomie in vielen Politikbereichen – Wirtschaft, Sicherung der öffentlichen Güter, soziale Sicherheit, Forschung und Bildung umgesetzt werden. Zudem müsse im Hinblick auf kritische Rohstoffe umgehend eine politische und wirtschaftliche Analyse und entsprechende Maßnahmen in Angriff genommen werden, die dem Prinzip der Kreislaufwirtschaft folgen.

Lichtenberger schloss an ihre Ausführungen die wichtigsten Forderungen an die Politik an: aus den Krisen lernen und die Fragmentierung der Lieferketten analysieren und reduzieren, kritische Produkte mittels Lagerhaltung in die EU rückverlagern, länderüberschreitende Wirtschaftskooperationen im Hinblick auf den Rohstoffimport aufrechterhalten und verbessern sowie den Fokus auf Modelle der Kreislaufwirtschaft und Recycling richten. Dabei betonte sie, dass es nicht das Ziel sei, die Globalisierung völlig abzuschaffen, sondern sie gerechter und sicherer zu machen, um letztendlich eine Globalisierung der Menschenrechte zu erreichen.

Diskussionspunkte und Lösungsansätze aus dem Workshop 3:

Ziel war es, aus den Arbeitsgruppenergebnissen einen Ansatz zu formulieren, wie mit Globalisierungskrisen umgegangen und wie die staatliche Autonomie weiter gestärkt werden kann. Im Einzelnen zeigte sich, dass die Problemstellung und die Lücken der Versorgungssicherheit relativ eindeutig sind.

» **Die heimische Rohstoffsicherung fördern** lautet das generelle Anliegen der Teilnehmenden, die in diversen Branchen tätig sind. Es gehe vor allem auch darum, anzuerkennen, dass Österreich ein marginal begrenztes Rohstoffvorkommen hat. Dadurch können Ersatzquellen bei Ausfall eines Lieferstaates ermöglicht, und eine nachhaltige Versorgung gewährleistet werden. Des Weiteren wurden die Stabilisierung der Ökonomie und der Aufbau von reziproken Handelsbeziehungen als zentrales Element für die Rohstoffsicherung wahrgenommen. Es gab Bedenken, dass die gegenwärtigen globalen Handelsabkommen antiquiert sind und die Aufmerksamkeit auf sektorale Handelsabkommen geleitet werden müsse, um Vorteile bei der Güterverteilung und eine Steigerung des Außenhandels erzielen zu können.

» **Lagerhaltung:** Bereits zu Beginn des Workshops hat sich herausgestellt, dass in den Unternehmen unterschiedliche Logistikformen praktiziert werden. Dennoch sind sich die Teilnehmenden einig, dass Just-in-Time-Lieferungen kein zeitgemäßes Logistikkonzept mehr darstellen. Das hänge im Falle für Unternehmen, die Produkte aus Metall- oder chemischen Erzeugnissen anfertigen, insbesondere auch mit dem Anspruch zusammen, stets lieferfähig sein zu müssen. Besonders während der Corona-Krise konnten die Teilnehmenden aus dem medizinischen Bereich die Relevanz der Lagerhaltung wahrnehmen. Problematisch betrachtet wurde die Tatsache, dass Abhängigkeiten von kritischen Produkten während der Krise zwar festgestellt werden, jedoch sich im Anschluss der Fokus auf den Ursprungszustand – nämlich die Profitmaximierung – richte. Aktuell gebe es zwar eine verstärkte Lagerhaltung kritischer Produkte, im Falle einer weiteren Krise würde die Anzahl jedoch nicht ausreichen und diese erneut importiert werden müssen. In Zusammenhang mit der Produktion von Schneidewerkzeugen wurde im Plenum auch die Problematik des CO2-Fußabdrucks genannt. Ein Vertreter eines Unternehmens, welches Produkte aus Metallen anfertigt, schilderten, dass bei der Produktherstellung zwar zum großen Teil Strom aus eigenen Wasserkraftwerken verwendet würde, jedoch die CO2-Bilanz des Ausgangsprodukts (in diesem Fall Stahl) und ein Teil der Energieaufbringung bestehen bleibt. Die Auftraggeber drängen aber auf einer weiteren Reduktion des CO2-Abdruckes.

» **Kreislaufwirtschaft fördern** bedeutete für die Teilnehmenden nicht nur sequentielle Lieferketten einzustellen, sondern auch den Blick auf die gegenwärtige Verfahrensweise – abbauen, produzieren, verwenden, wegschmeißen – zu richten. Das bedeute mitunter auch, dass rechtlich verbindliche Bestimmungen zur globalen Verantwortung von Unternehmen auf europäischer Ebene festzulegen seien, um jene Abläufe zu modifizieren. Dazu zähle ebenfalls die Nutzungsdauer von Produkten zu verlängern, die geplante Obsoleszenz zu unterbinden und die Massenfertigung von qualitativ minderwertigen oder nicht recycelbaren Produkten einzuschränken. In diesem Zusammenhang wurde ein Konflikt zwischen Umwelt und Wirtschaft wahrgenommen und als möglicher Lösungsansatz die Implementierung der **Kostenwahrheit** angedacht. Es brauche ein Umdenken in Richtung **Mehrwert-Wertschätzung,** das sowohl von Unternehmer:innen als auch von Verbraucher:innen angestrebt werden müsse. Die Teilnehmenden waren sich ebenfalls einig, dass das Ziel sein müsse, den Verbrauch an Rohstoffen zu reduzieren und die Wiederverwertung von Alt- oder Abfallstoffen zu forcieren. Diese Punkte wurden wiederholt als wesentlicher Beitrag gesehen, um den negativen Umweltauswirkungen des Rohstoffabbaus zu begegnen.

» **Grundsatzfragen zur Datensouveränität** wurden im Plenum aufgeworfen und von den Teilnehmenden vor allem in Zusammenhang mit dem Schutz vor Kopie von geistigem Eigentum sowie der Etablierung einer österreichischen **Datenresilienz** genannt. Mit wem werden welche Daten zukünftig ausgetauscht? Ist für Österreich ein Cloud-basierter Ansatz die Lösung oder braucht es doch Edge-Varianten? Wie resilient ist die österreichische Informationsstruktur? Neben diesen Fragen stellten die Teilnehmenden ebenfalls eine Gefahr beim Datenabfluss, der -übertragung und der -kontrolle fest. Die Vertreter aus Unternehmen, die Produkte aus Metall- oder chemischen Erzeugnissen anfertigen, schilderten, dass Patentierungen aufgrund der mangelnden Datensicherung inzwischen unwirtschaftlich seien. Es kristallisierte sich heraus, dass Reformen des nationalen, europäischen und des internationalen Patentrechts unbedingt erforderlich seien, da die Innovationskraft eines Staates an der Anzahl der Patente gemessen werde. Derzeit wird der einzige Schutz vor Plagiaten darin gesehen, Innovationsfördersysteme auszubauen.

» **Das fehlende Bewusstsein** für den immensen Ressourcenverbrauch sowie die mangelnde Wertschätzung von Produkten erachteten die Teilnehmenden als einer der zentralen Problematiken für das enorme Abfallaufkommen. Sie appellierten an eine Stärkung der Bewusstseinsbildung kombiniert mit einem Ausbau von gesetzlichen Fördermaßnahmen auf europäischer Ebene, um vermehrtes Denken in Kreisläufen zu erzielen und in weiterer Folge den Produktlebenszyklus zu verlängern. Darüber hinaus müsse auch in den Medien anstelle von makellosen und teilweise synthetischen Lebensmitteln, unvollkommene und naturbelassene eingesetzt werden. Die Teilnehmenden erachteten die Bewusstseinsbildung als Sicherheit unserer Versorgung.

» **Das Selbstbewusstsein Österreichs stärker zu betonen,** lautete der Vorschlag, um globale Abhängigkeiten zu verringern. Dabei wurde insbesondere der nationale technologische Fortschritt als auch die hochqualifizierten Arbeitskräfte betont. Eine weitere Handlung müsse sein, Produktionsstätten zurück nach Österreich zu holen.

Themenblock 5: Vorstellungen der Generation Z zur Arbeits- und Lebenswelt und die daraus resultierenden Anforderungen an das Arbeitsrecht

Laut **Beate Grossegger** ist die Generation Z optimistisch und pessimistisch zugleich. Junge Menschen erleben die Welt in der sie privat wie auch beruflich Fuß fassen wollen, derzeit in einem Dauerkrisenmodus. Viele fühlen sich erschöpft und fragen sich angesichts der derzeitigen Lage, welches Problem als nächstes kommt. Nur 1 % der Jugendlichen erlebt die Jugend unbeschwert. Trotz allem bleiben die Jugendlichen zuversichtlich und versuchen trotz anhaltender Krise, psychisch in Balance zu bleiben. Dies gelingt der jungen Krisengeneration speziell in kleinen privaten Umfeld und in den eigenen sozialen Lebenswelten.

Des Weiteren führte sie aus: Die Jugend will aber trotzdem nicht den Traum von einem guten Leben aufgeben. Der Traum vom guten Leben ist für diese krisenerprobte junge Generation wichtiger denn je. Gutes Leben bedeutet für diese Generation Sicherheit, Stabilität plus die richtige Dosis an Abwechslung. Dies gilt speziell beim Einstieg in die Arbeitswelt und für die Arbeitswelt. Junge Menschen wünschen sich daher einen guten Arbeitsplatz, um Geld zu verdienen, um sich das Leben leisten zu können. Wichtig in diesem Zusammenhang ist für die Jugendlichen die Bildung und die Vermittlung arbeitsmarkt-relevanter Qualifikationen, aber auch die Gesundheit und die entsprechenden Förderungen dazu. Speziell beim Einstieg in das Arbeitsleben denkt die Jugend sehr kurzfristig nach dem Motto: „Was bringt es mir jetzt und heute?“

Auch das Thema gutes Arbeitsklima, nette Vorgesetzte und Kolleg:innen sowie genügend Freizeit und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erscheinen dieser Zielgruppe wichtig. Die Generation Z tendiert auch mehr dazu bei geringeren Anlässen den Job zu wechseln, als Arbeitnehmer:innen aus älteren Erwerbsgenerationen.

Welche Möglichkeiten die aktuellen Regelungen in der Arbeitswelt bieten, um auf die Bedürfnisse der Generation Z einzugehen, stellt Sandra Rechberger vor. Dabei gibt sie einen Einblick in zentrale arbeitsrechtliche Themen, die in Zukunft vor neue Herausforderungen gestellt sein werden und hebt die Notwendigkeit in Betrieben mit Betriebsräten hervor, zu diesen Themen Betriebsvereinbarungen auszuverhandeln und abzuschließen.

Eine Weiterentwicklung der arbeitsrechtlichen Regelungen wird aber insbesondere hinsichtlich verschiedener Aspekte rund um die Arbeitszeit und die Gesundheitsförderung in Zukunft unabdingbar sein.

Diskussionspunkte und Lösungsansätze aus dem Workshop 4:

Ableitend aus diesem Themenaufriss ergaben sich im Workshop folgende Diskussionspunkte und Handlungsfelder:

» Chance nutzen, um gemeinsam mit der Generation Z die Arbeit neu zu denken
» Begriff Arbeit neu definieren
» Rahmenbedingungen wie neue Arbeitszeitmodelle (4-Tages-Woche, Arbeitszeiten auf Vertrauen aufbauen, Vertrauenszeitmodell) schaffen und bestehende gesetzliche Regelungen anpassen
» Rahmenbedingungen in den Schul- und Lehrplänen anpassen
» Rahmenbedingungen in den Ausbildungsvorschriften durchforsten
» Bessere Berufsorientierung

Die Chance gemeinsam mit der Generation Z die Arbeit neu zu denken, spiegelt sich durchaus in der Aussage wider, dass die Qualität des sozialen Miteinanders für die Generation Z ein zentraler Faktor ist. Insbesondere dass in der Zusammenarbeit mit jungen Menschen am Arbeitsplatz ein gutes Arbeitsklima höhere Leistungsmotivation fördert, erscheint sinnvoll.

In der Frage der Rahmenbedingungen von neuen Arbeitszeitmodellen ist es erforderlich branchenspezifische Lösungen zu erarbeiten, insbesondere hinsichtlich Kürzung der Arbeitszeit bzw. Neuverteilung der Arbeit. In dieser Frage wurde die Thematik der 4-Tages-Woche eingehend diskutiert.

Die Generation Z geht davon aus, dass die Anhebung des Pensionsantrittsalters erfolgen wird, daher ist es ihr auch besonders wichtig, hier ein ausbalanciertes Verhältnis zwischen Arbeit und Privatleben zu haben.

Ein wichtiger Punkt war auch die Überarbeitung der Lehrpläne in den berufsbildenden Schulen. Als Beispiel wurde hier die noch immer vorherrschende Methode der doppelten Buchführung genannt, obwohl in der Wirtschaft und in den Betrieben die Programmierung bereits über das elektronische SAP erfolgt.

Das heißt, die Unterrichtsform in der Schule hinkt der Praxis in den Betrieben nach. Hier sind unbedingt gesetzliche Anpassungen in den Lehrplänen erforderlich. Für den Bereich der Berufsschulen gilt hinsichtlich der Vermittlung der Lehrpläne und Ausbildungsvorschriften nahezu dasselbe. Auch das Thema bessere Berufsorientierung wurde diskutiert und festgestellt, dass dieses Thema unbedingt mehr forciert werden soll.

Daraus haben sich folgende Lösungsansätze in der Workshop Gruppe ergeben:

» Die Rahmenbedingungen hinsichtlich neuer Arbeitszeitmodelle wie z.B. die 4-Tages-Woche, sollen generell gesetzlich geregelt werden unter Einbeziehung der einschlägigen Kollektivvertragsparteien der Fachgewerkschaften in den einzelnen Berufsfeldern und Branchen, da es hier auch schon einige Modelle der Flexibilität gibt und sozial-partnerschaftlich vereinbart wurden.
» Schul- und Lehrpläne sollen den erforderlichen Praxisbezug erhalten und dementsprechend abgeändert werden.
» Die Ausbildungsvorschriften und Lehrpläne in den Berufsschulen sollen die aktuellen erforderlichen Kenntnisse und Fertigkeiten abbilden und dahingehend geändert werden.

4. ABSCHLUSS UND AUSBLICK

Zum Abschluss des ersten „Wissensforum Hirschwang“ zum Thema „Arbeit - neu denken“ bedankte sich der **Initiator Markus Wieser, Präsident der Arbeiterkammer Niederösterreich und ÖGB NÖ Vorsitzender** bei den Organisator:innen für die Vorbereitung der Veranstaltung, bei den Referent:innen für das Einbringen ihrer Expertise und bei den Teilnehmer:innen für ihr Engagement und die Diskussionsfreude.

Man hat sich beim Wissensforum den neuen Herausforderungen für Menschen in der Arbeitswelt gewidmet und dabei Aspekte und offen Fragen rund um Digitalisierung und Reglementierung, Arbeitszeit, Verteilungsgerechtigkeit, Versorgungssicherheit und zu den Zukunftsvorstellungen der Generation Z in Workshops und im Plenum lebendig diskutiert.

Folgende Statements und Fragen wurden von ihm in seinen abschließenden Ausführungen nochmals besonders hervorgegriffen:

» Brauchen wir Generalist:innen oder Spezialist:innen für die zukünftigen Tätigkeitsfelder?
» Wie können wir dafür sorgen, dass Menschen länger gesund und damit arbeitsfähig bleiben, aber auch gesund in Pension gehen können?
» Arbeit muss anders verteilt werden! Stichwort Diskussionen zur Wochenstundenarbeitszeit
» Das Arbeitszeitgesetz als Schutzschild für die Beschäftigten - dieser Schutz darf nicht gefährdet werden.
» Aus- und Weiterbildung ist ein Schlüsselfaktor, um den digitalen und grünen Wandel zu begleiten.
» Um unseren Solidarstaat zukunftsfit zu machen, muss seine Finanzierung nicht nur über Besteuerung von Arbeit, sondern auch über Wertschöpfung geschehen. Welche Möglichkeiten und Mittel gibt es, um die Finanzierung des Solidarstaates auf eine breitere Basis zu stellen?
» Steuerschlupflöcher müssen für jene multinationalen Unternehmen geschlossen werden, die Steuern umgehen.
» Welche Produkte können/sollen in Österreich/in der EU produziert werden? Ist die Lagerhaltung für den Fall des Reißens der Lieferketten auszubauen?
» Bei der Versorgungssicherheit müssen wir über die Transportkostenwahrheit sprechen.
» Berufsorientierung ist nicht nur ein wichtiges Anliegen der Sozialpartner, sondern auch ein zentraler Schlüssel für Jugendliche und Wirtschaft.
» Es braucht eine Vereinbarkeit von Beruf und Ausbildung/Schule.
» Schulen müssen in Zeiten des digitalen Wandels dementsprechend technisch ausgestattet werden.

Über allen Diskussionen der Tagung schwebt die Frage der Finanzierung des Solidarstaats. Bei der Beantwortung dieser Frage geht es vor allem um die Verteilungsgerechtigkeit, insbesondere auch um das Thema der Steuergerechtigkeit. Vor allem müssen konkrete Überlegungen zu der Frage angestellt werden, wie der (prognostizierte) Anstieg des Wertschöpfungsanteils der Kapitalseite durch Automatisierung, Robotik und Künstliche Intelligenz in die Finanzierungsbasis des Wohlfahrtstaates integriert werden kann. Die Arbeiterkammer Niederösterreich wird sich dieser Frage gemeinsam mit Wissenschafter:innen widmen.

Markus Wieser schloss die Veranstaltung mit dem Hinweis auf eine Fortsetzung des ersten Wissensforums Hirschwang im kommenden Jahr.

ANHANG: KURZBIOGRAFIEN DER VORTRAGENDEN

Tim-Joris Kaiser ist seit September 2021 Berater für wirtschaftspolitische Koordinierung bei der Vertretung der Europäischen Kommission in Wien. Sein Fokus liegt auf dem Europäischen Semester, NextGenerationEU sowie weiteren Wirtschafts- und Finanzthemen. Dies umfasst auch die österreichische und europäische Wettbewerbsfähigkeit, einschließlich des Arbeitsmarktes.

Er ist ausgebildeter Volkswirt (Universität Maastricht) und hatte zunächst Positionen in der Finanzanalyse und im Business Development in internationalen Unternehmen inne. Seit 2011 arbeitet er in der Zentrale der Kommission in Brüssel an Wirtschaftsthemen, insbesondere an der Zusammenarbeit mit öffentlichen Banken, Außenwirtschaft und den G20-Partnern der EU, zuletzt auch an Handelspolitik.

Univ.-Prof. Dr.-Ing. Sebastian Schlund ist Leiter des Forschungsbereichs Industrial Engineering am Institut für Managementwissenschaften (IMW) der Technischen Universität Wien. Er forscht und lehrt im Themenbereich digital und automatisiert unterstützter Arbeitsgestaltung in der Produktion mit den Schwerpunktthemen Assistenzsysteme, Arbeitsorganisation und Mensch-Maschine-Systeme. Zudem ist er Geschäftsführer der Fraunhofer Austria Research GmbH mit 140 MitarbeiterInnen in den Centern für Nachhaltige Produktion und Logistik sowie Data-Driven Design an den Standorten Wien, Graz, Wattens und Klagenfurt.

Er ist Vizepräsident der österreichischen wissenschaftlichen Gesellschaft für Produktionstechnik (ÖWGP), Vorstand der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft (GfA), Mitglied der wissenschaftlichen Gesellschaft für Arbeits- und Betriebsorganisation (WGAB), der wissenschaftlichen Gesellschaft für Montage, Handhabungstechnik und Industrierobotik sowie Mitglied des Advisory Boards des EIT Manufacturing/CLC East.

Sebastian Schlund hat an der TU Berlin und der INSA Lyon Verkehrswesen studiert und an der Bergischen Universität Wuppertal im Bereich Qualitätswesen promoviert. Bis 2017 war er akademischer Oberrat der Universität Stuttgart und Leiter des Competence Centers »Produktionsmanagement« am Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation (IAO).

Dipl.-Ing. Georg Feith, MBA hat einen Abschluss in Gesteinshüttenwesen an der Montanuniversität Leoben und einen MBA an der University of California erworben. Er arbeitete von 1990 bis 1993 als Berater bei Bain & Company in München. Anschließend war er von 1993 bis 1995 als Assistent des Vorstandes bei Stölzle Oberglas AG tätig. Von 1995 bis 2000 bekleidete er die Position des Prokuristen bei Fried. v. Neuman GmbH. Seit 2000 hat er verschiedene Geschäftsführungs- und CEO-Positionen innerhalb der CAG-Gruppe inne, darunter bei CAG Holding, Fried. v. Neuman GmbH, Raufoss Technology AS in Norwegen, Glanzstoff Gruppe & Stölzle Oberglas. Aktuell ist er Geschäftsführer der Fried. v. Neuman GmbH in Marktl sowie Geschäftsführer der CAG Holding.

Alfred Strohmayer, MSc, MBA startete seine berufliche Laufbahn als Elektriker-Lehrling bei der Firma Bostemann in Wien. Im Verlauf seiner Karriere hat er vielseitige Erfahrungen gesammelt, darunter als Techniker im Bereich Schaltschrankbau bei Siemens AG, als Gebäudetechniker bei GTB, im Vertriebsaußendienst bei Sprecher und Schuh GmbH sowie als Verkaufsberater bei Interlux Hirsch GmbH.

Von Juni 1994 bis September 2000 bekleidete er die Position des Abteilungsleiters der Abteilung BRE bei Leopoldine Prochaska GmbH. In dieser Funktion lag seine Verantwortung in der Mitarbeiterführung, der Planung und Projektierung von Rauch- und Wärmeabzugsanlagen sowie dem Ausbau des Vertriebsgebiets. Seit September 2000 fungiert er als geschäftsführender Gesellschafter bei D+H Österreich GmbH.

Univ.-Prof. Mag. Dr. Bernhard Kittel ist Professor für Wirtschaftssoziologie an der Universität Wien. Stationen seiner wissenschaftlichen Laufbahn nach dem Studium und einer Assistentenstelle an der Universität Wien waren das Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung in Köln, eine Juniorprofessur für Sozialpolitik an der Universität Bremen, eine Professur für Soziologie an der Universität Amsterdam sowie eine Professur für Methoden der Sozialwissenschaften an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, wo er auch Dekan der Fakultät für Bildungs- und Sozialwissenschaften war, bevor er 2012 den Ruf an die Universität Wien annahm. Er war beteiligt am Sonderforschungsbereich „Staatlichkeit im Wandel" und an der Forschungsgruppe „Bedarfsgerechtigkeit und Verteilungsprozeduren". Weitere größere Projekte befassten sich unter anderem mit dem Arbeitsmarktzugang von Jugendlichen und von Geflüchteten. Einer größeren Öffentlichkeit wurde er als Initiator und Leiter des Austrian Corona Panels bekannt, das wesentlich zur Datenbasis für die Analyse der gesellschaftlichen Folgewirkungen der Pandemie in Österreich beigetragen hat.

Mag.ª Dr.in Beate Großegger ist Mitbegründerin und wissenschaftliche Leiterin des Instituts für Jugendkulturforschung in Wien und darüber hinaus an der Universität Wien sowie der FH des BFI Wien als Lehrbeauftragte tätig. Sie ist u. a. Studienleiterin und Co-Autorin von „50 Jahre Shell Jugendstudie" im Auftrag der Dt. Shell, Co-Studienleiterin und Co-Autorin des 4. Berichts zur Lage der Jugend in Österreich, Studienautorin der ORF-Public-Value-Studie 2010, Co-Autorin des 6. Berichts zur Lage der Jugend in Österreich, Co-Autorin der ORF-Public-Value-Studie 2019/20 sowie Studienleiterin und Co-Autorin des 8. Berichts zur Lage der Jugend in Österreich: Modul 2 – Lebenswelten und Werte.

Beate Großegger arbeitet seit 1996 in der angewandten Sozialforschung und gilt über die Grenzen Österreichs hinaus als Expertin für Jugend und Generationen. 2011 wurde sie für ihre gendersensitive Jugendforschung mit dem Käthe-Leichter-Preis für Frauenforschung, Geschlechterforschung und Gleichstellung in der Arbeitswelt ausgezeichnet.

Mag.ª Sandra Rechberger machte nach ihrem Jus-Studium an der Universität Wien ihre Ideologie zum Beruf und ist nun schon seit 7 Jahren Juristin in der Abteilung Arbeits- und Sozialrecht der Arbeiterkammer Niederösterreich. Zu ihren Tätigkeitsbereichen gehört die Beratung und Vertretung der Mitglieder vor Gericht, sowie die Aus- und Weiterbildung von Betriebsrät:innen und Funktionär:innen.

WISSENSFORUM
HIRSCHWANG

Mit freundlicher Unterstützung von:

ASMET

ÖSTERREICHISCHE COMPUTER GESELLSCHAFT
AUSTRIAN COMPUTER SOCIETY

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Europäische Kommission

AK NIEDERÖSTERREICH

ÖGB Niederösterreich

Das Forum der AK und des ÖGB Niederösterreich